

Internationaler Tag der Migration: Die Migrationssituation muss mit Menschlichkeit und Weitblick angegangen werden

18.12.2023

Amnesty International weist darauf hin, dass der Ausschuss der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte aller Arbeitsmigrant*innen und ihrer Familienangehörigen vor kurzem einen Folgebericht über Chile veröffentlicht hat. Er forderte den Staat auf, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zu verhindern und zu beseitigen und zu gewährleisten, dass Migration nicht kriminalisiert wird.

Dieser Bericht ist im aktuellen Kontext des Landes besonders wichtig, da einige Bestimmungen des Gesetzes 21.325 zum Thema Migration und ausländerrechtliche Bestimmungen über Rückführungen und Kollektivausweisungen die Menschen nicht schützen, weder um Asyl zu beantragen noch davor, an einen Ort zurückgeschickt zu werden, an dem ihr Leben gefährdet ist, und dies ohne ein ordnungsgemäßes Verfahren und einen wirksamen Rechtsbehelf.

"Darüber hinaus führen die Regierung und die gesetzgebenden Behörden, anstatt die Migrationssituation mit Menschlichkeit und einer klaren Vision anzugehen, Gesetzesvorhaben durch, die in die entgegengesetzte Richtung gehen. Der ständige Versuch, Migrant*innen als Feinde zu betrachten, die ausgewiesen oder bestraft werden sollen, ist inakzeptabel", sagt Rodrigo Bustos, Geschäftsführer von Amnesty International Chile.

Der Ausschuss zum Schutz der Rechte aller Arbeitsmigrant*innen und ihrer Familienangehörigen hat übrigens auch in diesem Punkt gewarnt und mit Besorgnis die Zunahme von Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und negativer Wahrnehmung der Migration festgestellt. In diesem Zusammenhang forderte der Ausschuss den chilenischen Staat nachdrücklich auf, Präventiv- und Strafmaßnahmen gegen die Kriminalisierung von Migrant*innen zu ergreifen und dafür zu sorgen, dass alle Behörden auf eine stigmatisierende oder diskriminierende Sprache verzichten, insbesondere in Bezug auf Personen, die sich in einer unregulierten Migrationssituation befinden.

Der Ausschuss äußerte auch seine Besorgnis über Gesetzesvorschläge, die darauf abzielen, die irreguläre Migration durch den Gesetzesentwurf zu kriminalisieren, der darauf abzielt, die illegale Einreise in das nationale Hoheitsgebiet zu kriminalisieren. Der Ausschuss forderte den Staat auf, keine Maßnahmen zu ergreifen, die die irreguläre Migration (irreguläre Einreise und/oder irregulärer Aufenthalt) kriminalisieren würden, da es sich dabei nur um Ordnungswidrigkeiten handeln könnte, die keine Bedrohung für Personen, Eigentum, die nationale Sicherheit oder die öffentliche Ordnung darstellen.

In Anbetracht des Appells des Ausschusses sollte erwähnt werden, dass derzeit kein Legalisierungsverfahren eingeleitet worden ist. Und das, obwohl im Migrations- und Ausländergesetz festgelegt wurde, dass die neue nationale Migrationspolitik konkrete Ziele festlegen sollte, damit die Tausenden von Menschen, die sich in einer irregulären Migrationssituation befinden, eine befristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten können.

"Der Gesetzesvorschlag, über den demnächst in der Abgeordnetenversammlung abgestimmt werden soll, kriminalisiert Migranten aufgrund ihres Status. Diese Art von Maßnahme ist nicht geeignet, Sicherheitsprobleme zu lösen, und setzt Menschen, die internationalen Schutzes bedürfen, einer größeren Schutzlosigkeit aus, wodurch das Risiko des Menschenhandels und des Menschenhandels, von dem vor allem Frauen und Mädchen betroffen sind, steigt", fügt Rodrigo Bustos hinzu.

Gerade im Hinblick auf Kinder mit Migrationshintergrund, insbesondere aus haitianischen und venezolanischen Familien, äußerte der Ausschuss seine Besorgnis darüber, dass sie Probleme beim Zugang zur Legalisierung haben, weil sie keine Papiere besitzen oder diese nicht rechtskräftig sind, und fordert daher, allen Kindern und Jugendlichen auf der Grundlage des Kindeswohls Zugang zur Regularisierung der Migration zu gewähren.

"Es ist zu hoffen, dass die Behörden in dieser Angelegenheit eine Führungsrolle übernehmen und die Würde der Menschen in den Mittelpunkt stellen, unabhängig davon, ob es sich um Inländer oder Ausländer handelt. Um dahin zu kommen, müssen die Empfehlungen des Ausschusses zum Schutz der Rechte aller Arbeitsmigrant*innen und ihrer Familienangehörigen sowie anderer Menschenrechtsorganisationen ernst genommen werden", so Rodrigo Bustos abschließend.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe - verbindlich ist das Original:
<https://amnistia.cl/dia-internacional-del-migrante/>